

Starkes Bayern, starke Kommunen.

Die CSU prägt die Kommunalpolitik in Bayern und die Kommunalpolitik prägt uns als Partei. Sie ist unsere Wurzel und unser Sensor für alle Entwicklungen vor Ort. Rund 10.000 CSU-Mitglieder engagieren sich täglich ehrenamtlich oder hauptamtlich bei sich vor Ort für ihre Kommunen und unsere Heimat Bayern. Ihrem Einsatz gilt unser besonderer Dank. Unsere breite Verankerung in allen Kommunen Bayerns ist der Grund dafür, dass wir als Partei näher am Menschen sind.

Für uns als CSU ist klar: Wir wollen und werden auch nach der Kommunalwahl am 8. März 2026 in allen Gemeinden, Märkten, Städten, Kreisen und Bezirken die prägende kommunale Kraft in Bayern sein. Wir sind die einzige Partei in Bayern, die auf allen politischen Ebenen die Kraft zum Gestalten hat.

Unsere Kommunen stehen finanziell unter Druck. Die steigenden Sozialkosten sind eine enorme Belastung für die kommunalen Haushalte. Die schwächere wirtschaftliche Entwicklung und damit auch die geringeren Einnahmen der Kommunen erhöhen den Druck weiter. Doch wir lassen unsere Kommunen nicht im Stich. Die Staatsregierung unter Führung der CSU hat mit dem kommunalen Finanzausgleich 2026 ein umfassendes Finanzierungspaket geschnürt. Pro Kopf hat der Freistaat den höchsten kommunalen Finanzausgleich aller Bundesländer:

- Bayerns Kommunen erhalten 2026 4,7 Milliarden Euro mehr als in 2025.
- Der kommunale Finanzausgleich steigt um 846 Millionen auf 12,83 Milliarden Euro.
- Für unsere Kommunen werden 2026 rund 3,9 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen des Bundes bereitgestellt. Das bringt einen massiven Schub für die kommunalen Investitionen und starke Impulse für unsere Wirtschaft.
- Der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund wird bis 2027 in zwei Schritten von 13 Prozent auf 13,5 Prozent angehoben. Damit stärkt der Freistaat dauerhaft strukturell die Kommunen.
- Die Bezirke bekommen für ihre wichtigen Aufgaben im Sozial- und Bildungsbereich in der aktuellen Lage besondere Unterstützung. Die Zuweisungen an die Bezirke werden um 480 Millionen Euro auf 1,32 Milliarden Euro erhöht – ein Plus von 57,4 Prozent. Damit werden auch die Kreis- und Bezirksumlagen gedämpft.
- Die Fördermittel für die Finanzierung von Krankenhausinvestitionen werden auf 900 Millionen Euro erhöht. Damit stärkt der Freistaat die medizinische Versorgung im ganzen Land.

Der Doppelhaushalt 2026/2027 ist eine echte Kraftanstrengung für den Freistaat, der auch nicht ohne Einsparungen auskommt. Gerade vor dem Hintergrund der verantwortungsvollen Finanzpolitik Bayerns ist es eine Ungerechtigkeit, dass sich

andere vom Länderfinanzausgleich finanzierte Bundesländer Maßnahmen leisten, die sich Bayern aktuell nicht leisten kann:

- Im Jahr 2025 werden sich die Zahlungen Bayerns auf über 12 Milliarden Euro belaufen. Dies entspricht 1,5 Millionen Euro pro Stunde, 25.000 Euro pro Minute und 400 Euro pro Sekunde.
- Bayern zahlt 60 Prozent des Länderfinanzausgleichs im Alleingang und hat bisher 134 Milliarden Euro eingezahlt aber nur 3 Milliarden Euro erhalten.
- Die aktuelle Ausgestaltung des Länderfinanzausgleichs bestraft Leistung und gibt keinen Anreiz für andere Länder sich anzustrengen. Für uns ist klar: Wir werden die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht weiter mit Nachdruck verfolgen und spätestens 2030 den Länderfinanzausgleich kündigen.

Für dauerhaft stabile kommunale Haushalte braucht es einen Zweiklang aus wirtschaftspolitischen Maßnahmen für mehr Wachstum und einer echten Sozialstaatsreform.

Economy first

Deshalb muss gelten: Economy first. Denn die schwache wirtschaftliche Entwicklung schlägt sich deutlich auf die Kommunen durch. Die Gewerbesteuer ist die wichtigste Einnahmequelle für unsere Kommunen. Mit dem Investitionsbooster inklusive der Kompensation der entstehenden Mindereinnahmen für die Kommunen und der schrittweisen Absenkung der Körperschaftsteuer stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Bayern nachhaltig.

Bezahlbare zuverlässige Energie

Zentral für den Wirtschaftsstandort Bayern und unsere Wettbewerbsfähigkeit ist günstige und zuverlässig verfügbare Energie. Erste Maßnahmen, um dies sicherzustellen wurden bereits unternommen, weitere müssen folgen. Wir müssen die strukturellen Ursachen der hohen Energiepreise angehen, gerade auch um ein attraktiver Standort für Rechenzentren und KI-Firmen zu werden und die Abwanderung von energieintensiven Industrien wie der Chemiebranche oder des Maschinenbaus zu verhindern:

- Alle Stromkunden werden ab dem 1. Januar um insgesamt 6,5 Milliarden Euro durch die Absenkung der Netzentgelte entlastet.
- Durch die Abschaffung der Gasumlage entlasten wir alle Gaskunden um 3,4 Milliarden Euro.

- Für besonders energieintensive Unternehmen sowie die Land- und Forstwirtschaft wird die Stromsteuer dauerhaft abgesenkt.
- Auch für alle weiteren Betriebe und Verbraucher muss die Stromsteuer auf das Minimum abgesenkt werden – damit auch Handwerker, kleine und mittlere Unternehmen sowie Haushalte nochmals zusätzlich entlastet werden.
- Die Ausschreibung der neuen Gaskraftwerke, die vorrangig im netztechnischen Süden gebaut werden müssen, muss noch im ersten Quartal 2026 abgeschlossen werden.
- Wir wollen Technologieoffenheit in der Energiepolitik. Wir wollen deshalb Small-Modular-Reaktoren in Deutschland bauen und so die saubere, sichere und verlässliche Stromerzeugung stärken.
- Zu echter Technologieoffenheit gehört auch die Abschaffung des Ampel-Heizgesetzes mit seinen starren Vorgaben. Auch die Überförderung der Wärmepumpe muss beendet werden.
- Bayern ist führend bei der Entwicklung und Forschung auf dem Feld der Kernfusion. Mit dem Max-Planck-Institut für Plasmaphysik und einer Vielzahl an Startups und etablierten Unternehmen wollen wir diese Techniken weiter erforschen und zur Marktreife bringen.

Vorfahrt für Forschung, Innovation und Hightech

Unser wichtigster Rohstoff in Bayern und Deutschland war seit jeher der „Rohstoff Geist“. Mit der Hightech Agenda auf Bundesebene nach bayerischem Vorbild wollen wir wieder eine Spitzenposition in der Forschung auf Zukunftsfeldern einnehmen und den Pioniergeist sowie den Fleiß der Menschen in Bayern und Deutschland entfesseln. Die Hightech Agenda ist unser Sprung in die Zukunft und unser Garant für Wohlstand und Fortschritt.

- Wir bauen die Forschung auf dem Feld der Luft- und Raumfahrt massiv aus. Deutschland und Europa müssen auch im All autark werden. Gerade Bayern als führender Luft- und Raumfahrtstandort mit „Bavaria One“ als Nukleus profitiert davon.
- Rechenzentren und Halbleiter sind die Grundlage für die nächsten Sprünge der Digitalisierung. Wir wollen zusammen mit Industriepartnern und Forschungseinrichtungen eine EU-Gigafactory nach Bayern holen.
- Die in Bayern ansässige Fraunhofer-Gesellschaft wirkt als zentraler Transfer-Booster, überführt Grundlagenforschung rasch in marktfähige Anwendungen und stärkt regionale KMU-Integration sowie kommunale Wertschöpfung.
- Bayern ist Defense-Tech-Standort Nummer eins in Deutschland. Mit unseren Spitzenuniversitäten, weniger Bürokratie und der politischen Rückendeckung bei Kooperationen der Staatsregierung, der Bundeswehr und Wirtschaft schaffen wir

beste Voraussetzungen für die Weiterentwicklung des Standorts Bayern. Mit dem Defense Lab Erding (DLE) entsteht ein bundesweit einmaliger Forschungs- und Entwicklungsstandort insbesondere für die Drohnentechnologie. Die Ansiedlung von Startups, der TUM und eines Technologietransferzentrums der Forschung am DLE unterstützen wir aktiv.

- Bio-Life-Science ist einer der Wachstumstreiber in Bayern. Wir werden die Branche mit der bayerischen und nationalen Hightech Agenda weiter fördern und bürokratische Hürden, gerade mit Hinblick auf Forschung und Studien abbauen.

Besonders die Automobilbranche ist in Bayern tief und breit verwurzelt und die vielen Zulieferbetriebe sind oftmals im ländlichen Raum angesiedelt. Wir bekennen uns zum Automobilstandort Bayern und zur individuellen Mobilität. Im ländlichen Raum ist sie unersetzbar. Bayern ist und bleibt Autoland.

- Wir werden das EU-Verbrennerverbot abschaffen.
- Wir werden unsere Zulieferer nach bayerischem Vorbild auch auf Bundesebene umfassend bei der Transformation unterstützen.
- Wir werden mit der verbesserten E-Auto Förderung und dem Ausbau des Ladenetzes den Absatz von Elektroautos in Deutschland wieder ankurbeln.

Freiräume schaffen, Bürokratie abbauen

Seit 2018 wurden von der Staatsregierung bereits über 700 Einzelmaßnahmen zur Entbürokratisierung umgesetzt. Mit der Kommission der Staatsregierung zur Überprüfung kommunaler Standards haben wir in Bayern eine Vielzahl an weiteren Bürokratieentlastungsmaßnahmen für unsere Kommunen und die Wirtschaft auf den Weg gebracht. Die Kommission hat 100 konkrete Maßnahmenvorschläge erarbeitet, die jetzt rasch umgesetzt werden.

- Das Förderrecht wird vereinfacht, Bau- und Sozialstandards werden optimiert und die technischen Vorgaben der Wohnraumförderung werden abgeschafft.
- Im Sozialbereich wird die Finanzierung der Kindertagesbetreuung vereinfacht, die Heimrichtlinie entschlackt und Pooling von Schulbegleitungen ermöglicht.
- In Bayern haben wir die Wertgrenzen für Ausschreibungen bei öffentlichen Vergaben bereits deutlich erhöht. Auf EU-Ebene setzen wir uns für eine Anhebung der Schwellenwerte für europaweite Ausschreibungen ein. Auch Unternehmen, an denen Kommunen beteiligt sind, ebenso wie kleine und mittelständische Unternehmen, müssen von bürokratischen Auflagen entlastet werden.
- Verwendungsnachweise und Dokumentationspflichten müssen bei Förderprogrammen auf risikobehaftete Vorgänge beschränkt werden, um den bürokratischen Aufwand verantwortungsvoll zu reduzieren.

- EU-Richtlinien dürfen künftig nur strikt 1:1 umgesetzt werden und bestehende Richtlinien müssen zurückgeführt werden auf das Minimum. Das nationale Goldplating und damit übererfüllen von EU-Vorgaben muss ein Ende haben.
- Wir setzen in Bayern eine Kommission zur Staatsreform unter Beteiligung der Ministerien, des Landtags, der Kommunen, der Wissenschaft und Praktiker ein. Bis Ende 2026 soll diese Kommission grundlegende Vorschläge zur Staatsreform unterbreiten. Für mehr Subsidiarität, mehr Experimentierklauseln, ein reduziertes Kontrollwesen, den Abbau von Doppel- und Dreifachstrukturen sowie mehr Synergien zwischen den Behörden und Ebenen.

Sozialstaat reformieren, Akzeptanz erhöhen

Bei der Reform des Sozialstaats wollen wir eine ausgewogene Balance aus Anpassungen und zielgerichteteren Leistungen für die, die sie benötigen, wiederherstellen. Das gilt für Eingliederungs-, Sozial- und besonders die Jugendhilfe.

Die Abschaffung des Bürgergeldes auf Bundesebene war ein erster wichtiger Schritt zur Reform des Sozialstaates. Wir haben das Prinzip Fördern und Fordern und den Vermittlungsvorrang wieder eingeführt, die Karenzzeiten deutlich verschärft und damit wieder für mehr Gerechtigkeit gesorgt sowie zudem die Kommunen entlastet. Ukrainer, die nach dem 1. April 2025 nach Deutschland gekommen sind oder kommen, erhalten künftig kein Bürgergeld mehr, sondern geringere Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die Leistungsausschlüsse für Ausländer müssen erweitert werden und die EU-rechtlich gegebenen Spielräume genutzt werden, um missbräuchliche Inanspruchnahmen zu verhindern.

Die Sozialausgaben der Kommunen sind seit 1992 von 25 Prozent auf mittlerweile über 38 Prozent der Kommunalhaushalte gestiegen. Auch die Anzahl von über 500 Sozialleistungen und tausenden Paragraphen, die den Vollzug erschweren, zeigen, dass wir jetzt handeln müssen. Wir können die Akzeptanz und die großen Errungenschaften unseres Sozialstaates nur erhalten, wenn wir uns jetzt an grundlegende Reformen wagen.

Leistungen und Hilfen müssen auf diejenigen fokussiert werden, die sie wirklich benötigen. Wer Hilfe braucht, soll sie auch bekommen, möglichst aus einer Hand mit weniger Schnittstellen. Eine massive Vereinfachung des Verwaltungsvollzugs entlastet unsere Behörden und Kommunen. Die Verwaltungsvorgänge werden gestrafft, Doppelungen vermieden und damit Behörden und Bürger entlastet. Zudem braucht es einen einheitlichen Einkommensbegriff in den Sozialgesetzbüchern.

Die Inklusion von Menschen mit Behinderung ist wichtig für eine vielfältige und lebendige Gemeinschaft. Klar ist aber auch, dass die Regelungen des Bundesteilhabegesetzes nicht den erhofften Beitrag zu einer gelungenen Inklusion geleistet haben und auch die Ausgabendynamik nicht gebremst werden konnte. Gerade bei den Kommunen führt das Gesetz zu enormen Kostensteigerungen und bürokratischem Aufwand. Allein im Jahr 2024 sind die Kosten um 12,9 Prozent auf 28,7 Milliarden Euro gestiegen. Wir wollen Inklusion besser und unbürokratischer gestalten. Gerade mit Hinblick auf den Arbeitskräftemangel müssen die Hilfen entbürokratisiert, das Bedarfsermittlungsverfahren vereinfacht und die gesetzlichen Standards flexibilisiert werden.

Wir brauchen einen Stopp von Rechtsansprüchen zu Lasten der Kommunen. Bereits bestehende Ansprüche müssen vom Bund ausreichend finanziert werden. Die Subsidiarität ist unser Leitprinzip. Die Ansprüche müssen auch den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort gerecht werden, denn gerade der ländliche Raum hat andere Kapazitäten und Bedarfe als eine Großstadt. Durch eine Flexibilisierung der Umsetzung vor Ort kann dem Rechnung getragen werden.

Mit dem Fortschreiten des demographischen Wandels wird das Thema Pflege eine immer größere Herausforderung. Für uns als CSU ist dabei klar, dass wir eine möglichst wohnortnahe Pflege ermöglichen wollen. Die Initiative gute Pflege daheim in Bayern und die Vernetzung in den kommunalen Ebenen wollen wir weiter verstärken und damit pflegende Angehörige besser unterstützen. Dazu bedarf es auch mehr Flexibilität und Verzahnung der Sektoren.

Sicheres Bayern, sichere Kommunen

Recht und Ordnung sowie der Schutz der Bevölkerung sind Voraussetzung für Freiheit und Heimat. Deswegen ist für uns klar: Null-Toleranz gegenüber Kriminalität. No-Go-Areas wird es mit uns in Bayern niemals geben. Als CSU arbeiten wir auf allen Ebenen vom Bund, über das Land und den Kommunen zusammen, um die Sicherheit der Menschen, die Freiheit und unsere Heimat zu sichern. Damit Bayern weiter das sicherste Bundesland mit der niedrigsten Kriminalitätsrate und der höchsten Aufklärungsrate bleibt.

- Wir werden den Ausbau des Videoschutzes an öffentlichen Plätzen vorantreiben und auf Bundesebene die Etablierung von Systemen zur automatischen Gesichtserkennung zur Identifizierung von Tätern forcieren. Kommunen werden wir beim Ausbau der Videoüberwachung und von Beleuchtungskonzepten unterstützen.
- Die Nutzung von KI-gestützten polizeilichen Recherche- und Analyseplattformen muss ermöglicht werden.

- Im Bund werden wir zügig die Grundlage für die Speicherung von IP-Adressen und die Neuregelung der Verkehrsdatenspeicherung treffen. Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden.
- Mit derzeit mehr als 45.700 Stellen hat Bayern einen Höchststand an Personal bei der Polizei. Zur Bewältigung der aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen werden wir ab dem Jahr 2027 weitere 200 neue Stellen bei der Polizei schaffen.
- Wir sorgen dafür, dass Polizisten weniger Zeit am Schreibtisch verbringen müssen und mehr Präsenz auf der Straße zeigen können. Gerade an bisherigen Brennpunkten werden wir die Präsenz ausbauen. Unsere Polizei genießt unsere volle politische Rückendeckung.
- In keinem Bundesland gibt es so viel freiwillig Feuerwehrleute wie in Bayern. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit in Bayern. Seit 2018 wurden 330 Millionen Euro an Fördergeldern für Feuerwehren in Bayern ausbezahlt. Wir setzen die politische und finanzielle Unterstützung auch in den kommenden Jahren konsequent fort.
- Wir setzen uns für sichere und saubere Kommunen ein. Störungen der öffentlichen Ordnung sowie rechtswidriges Verhalten müssen konsequent unterbunden werden, damit sich Bürgerinnen und Bürger wohlfühlen und Kriminalität keinen Raum gewinnt.
- Wir stärken in Bayern die Sach- und Stellenausstattung der Justiz und sorgen mit einer durchdringenden Digitalisierung für eine Beschleunigung der Verfahren.

Migrationswende weiter vorantreiben

Für uns als CSU ist stets klar: Bei uns ist jeder willkommen, der einen Beitrag leisten will für unser Land, der unsere Werte akzeptiert und hier arbeiten will. Das zeigt sich auch an den Zahlen. In keinem Bundesland gelingt die Integration in Arbeit so gut wie in Bayern.

Als einziges Bundesland trägt Bayern die Kosten für Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern aus dem Staatshaushalt und entlastet damit die Kommunen um über 2,3 Milliarden Euro. Dank unserer strikten Migrationspolitik sinken die Asylbewerberzahlen deutlich. Dies entlastet nicht nur den bayerischen Haushalt um über 800 Millionen Euro bei den Unterbringungskosten, sondern auch die Kommunen spürbar vor Ort. Die Migrationswende ist seit Amtsantritt der Bundesregierung in vollem Gange:

- Die Zahl der Asylzugänge ist im Freistaat Bayern um rund 60 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zurückgegangen, nicht zuletzt durch stärkere Kontrollen

von bayerischer Grenzpolizei und Bundespolizei sowie konsequenten Zurückweisungen.

- Die Abschiebungen von Ausreisepflichtigen wurden bereits um 25 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gesteigert. Erstmals seit 2015 gibt es in Bayern mehr Ausreisen als Einreisen.
- Dank der in Bayern frühzeitig und flächendeckend eingeführten Bezahlkarte haben wir zudem den höchsten Stand an freiwilligen Ausreisen seit zehn Jahren.
- Der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte wurde ausgesetzt und wir schaffen weiter falsche Anreize und Pulleffekte ab.
- Wer keinen Rechtsanspruch und keine Duldung hat, sich strafbar macht oder sich nicht integriert, der muss unser Land verlassen – auch nach Syrien und Afghanistan.
- Am Flughafen München werden wir ein eigenes Rückführungsterminal für die Bundespolizei einrichten und so Abschiebungen vereinfachen. Weiter bestehende Hürden bei Rückführungen müssen konsequent abgebaut werden.
- Auch auf europäischer Ebene treiben wir die Migrationswende konsequent voran, um die Zuzugszahlen noch weiter und effektiver zu senken und Abschiebungen zu erleichtern.

Starkes Bayern, starke Kommunen – nur mit der CSU!

Über 90 Prozent der Menschen leben gerne in Bayern. Das liegt gerade auch an Bayerns Kommunen. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, braucht es eine gemeinsame Kraftanstrengung von uns allen. Ein starkes Bayern gibt es nur mit starken Kommunen und einer starken CSU. Deshalb: Am 8. März alle Stimmen für die Kandidatinnen und Kandidaten der CSU. Für ein starkes, sicheres und soziales Bayern. Für unsere Heimat.